



Briefing aus Bern

SP im Sinkflug, Maskenpflicht fällt, AHV-Referendum auf Kurs - und ein Handschlag gibt zu reden

Das Wichtigste in Kürze aus dem Bundeshaus (185).

Von [Dennis Bühler](#), [Priscilla Imboden](#) und [Cinzia Venafro](#), 31.03.2022

Ja, die Verluste seien «schmerzhaft», sagte SP-Co-Präsidentin [Mattea Meyer](#) am Montag. Sie sprach von den Parlamentswahlen im Kanton Bern, bei der ihre Partei am Sonntag sechs Sitze verloren hatte. Es waren die jüngsten in einer langen Liste von Verlusten: Seit den letzten eidgenössischen Wahlen im Herbst 2019 hat die SP insgesamt 45 Vertreterinnen in den kantonalen Legislativen verloren.

Und dann scheiterten die Sozialdemokraten im zweitgrössten Kanton des Landes auch noch mit ihrem Vorhaben, einen dritten Regierungssitz zu erobern. Dank der Allianz von SVP, FDP und Mitte konnten die Bürgerlichen mit vier Sitzen ihre Mehrheit im Berner Siebnergremium verteidigen.

Damit ist klar, dass sich die SP nicht mehr nur im Formtief befindet, sondern regelrecht im Sinkflug: Seit Ende 2020 geht es nur noch bergab. Am Sonntag vor einer Woche musste die Partei bereits im Kanton Waadt herbe Verluste hinnehmen.

Mit Blick auf die nationalen Wahlen im Herbst 2023 dürften die SP-Führung folglich Bauchschmerzen plagen. Doch wie ein Kränkelder, der seine Symptome ignoriert, redet die Parteispitze die Verluste klein. In Interviews gibt sich [Mattea Meyer kämpferisch](#), spricht davon, dass der Blick nach vorne sie «optimistisch» stimme. Statt Selbstkritik zu üben, greift sie die Gegner an: Der FDP und der Mitte sei es «offenbar egal», dass die SVP

«nicht nur Verständnis für Putins Angriffskrieg» zeige, sondern «auch unseren Bundesrat als Corona-Diktator verunglimpft» habe.

Die SVP musste derweil ihrerseits den Verlust von zwei Sitzen im Berner Grossen Rat hinnehmen. Nachdem sie bereits in St. Gallen, Schaffhausen, Neuenburg, Freiburg, Nidwalden und der Waadt verloren habe, müsse dieses Resultat die Partei aufrütteln, sagte Alt-Bundesrat Adolf Ogi: «Mittlerweile haben wir ein regelrechtes Verlierer-Image.»

Ganz anders sieht es in den grünen Lagern aus: Sowohl die Grünliberalen als auch die Grünen legen weiter zu, wie eine Bilanz der Parteien seit den nationalen Wahlen 2019 zeigt – wobei es der GLP gar noch ein bisschen besser läuft als den Grünen.

Sicher ist: Hält der Trend bis zu den Wahlen im Herbst 2023 an, wird der Ruf nach einem grünen Bundesratssitz noch lauter werden. Auf Kosten eines der zwei Sitze der Sozialdemokratinnen? Die SP-Spitze hält ob solcher linken Befürchtungen Ohren und Augen zu.

Und damit zum Briefing aus Bern.

Corona: Bundesrat hebt letzte Massnahmen auf

Worum es geht: Der Bundesrat beschliesst die Rückkehr zur Normalität: Ab 1. April fallen auch noch die letzten Corona-Schutzmassnahmen. Das bedeutet: keine Maskenpflicht mehr im öffentlichen Verkehr und in Spitälern, keine Pflicht, sich nach einer Ansteckung zu isolieren. Das Virus zirkuliert zwar weiter in der Bevölkerung, führt aber aktuell meist zu leichten Verläufen und überlastet die Spitäler nicht mehr. Deshalb lässt der Bundesrat nun die im Epidemiengesetz definierte «besondere Lage» auslaufen und kehrt zur «normalen Lage» zurück. Das bedeutet, dass die Verantwortung wieder an die Kantone übergeht. Sie sind zuständig für allfällige Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Gesundheitsminister Alain Berset sagte am Mittwoch vor den Medien: «Wir können nach zwei Jahren Pandemie mit Zuversicht in die Zukunft blicken, auch wenn eine gewisse Unsicherheit besteht.» Die wissenschaftliche Covid-19-Task-Force hat nun ihre Arbeit eingestellt und in einem Bericht Bilanz gezogen, in dem sie auch selbstkritisch aufzeigt, wo sie im Verlauf der Pandemie Fehleinschätzungen gemacht hat.

Warum Sie das wissen müssen: Jede Person ist fortan selber verantwortlich, um sich und andere vor einer Ansteckung zu schützen. Das Maskentragen wird freiwillig, bleibt aber in gewissen Situationen wie etwa in Kontakt mit gefährdeten Personen oder in einem dicht besetzten Zug sinnvoll. Das Covid-Zertifikat ist in der Schweiz nicht mehr nötig, es wird aber weiterhin ausgestellt, weil es für Auslandsreisen noch verlangt wird.

Wie es weitergeht: Die Kantone werden das Contact Tracing zurückfahren und die Swiss-Covid-App wird deaktiviert. Die Pandemie ist damit aber nicht vorbei: Expertinnen gehen davon aus, dass es im Herbst wieder zu einer Ansteckungswelle kommen könnte.

AHV-Reform: Referendum eingereicht

Worum es geht: Mehr als 150'000 Unterschriften haben die Gegner der AHV-Reform der Bundeskanzlei übergeben. Somit sind noch vor Fristablauf dreimal so viele Unterschriften als nötig gesammelt worden. Das Re-

ferendum gegen das vom Parlament geschnürte AHV-Päckli ergriffen haben der Gewerkschaftsbund, unterstützt von der SP und den Grünen.

Warum Sie das wissen müssen: Bürgerliche Kräfte im Parlament prägten die Reform der ersten Säule massgeblich. Bereits 2021 kündigten Grüne und SP ein Referendum an, sollte das Frauenrentenalter ohne entsprechende Ausgleichsmassnahmen erhöht werden. Beim Einreichen der Unterschriften argumentierten die Gegnerinnen, Frauen müssten bereits heute mit massiv kleineren Renten leben. Viele kämen damit nicht durch: Jede vierte Frau in der Schweiz habe keine zweite Säule, jede neunte Frau müsse Ergänzungsleistungen beziehen. Derweil steht mit der Renteninitiative, welche die Jungfreisinnigen im Sommer 2021 bei der Bundeskanzlei eingereicht haben, bereits ein neues Volksbegehren zum Thema in den Startlöchern. Dieses will das Rentenalter generell auf 66 erhöhen und es an die Lebenserwartung koppeln. Zeitgleich wird der Gewerkschaftsbund für seine AHV-Initiative Unterschriften sammeln: Er will mit den Gewinnen der Nationalbank das Loch in der AHV stopfen, das Stand jetzt die Frauen mit der Erhöhung ihres Rentenalters stopfen müssten.

Wie es weitergeht: Voraussichtlich im Herbst wird die Stimmbevölkerung das letzte Wort zur aktuellen AHV-Reform haben.

Russland-Sanktionen: Bund will Bemühungen intensivieren

Worum es geht: Die Schweiz übernimmt die meisten Sanktionen der EU gegen Russland – doch nicht alle. Der Bundesrat hat am Freitag entschieden, auf Netzsperrn zu verzichten, welche die Verbreitung von Inhalten der russischen Propagandasender RT und Sputnik verhindern. Es sei wirksamer, unwahren Äusserungen mit Fakten zu begegnen, anstatt sie zu verbieten, teilte er mit. Zudem haben Recherchen der Republik gezeigt, dass mehr als zwei Dutzend von der EU sanktionierte Personen auf der Schweizer Sanktionsliste fehlen. Dazu gehören der prorussische ukrainische Ex-Präsident Wiktor Janukowitsch sowie etliche mutmassliche russische Schwerekriminelle – von Hackern über Geheimdienstagenten bis zu Söldnern der rechtsextremen Gruppe Wagner.

Warum Sie das wissen müssen: Nachdem der Bundesrat zu Beginn des Krieges in der Ukraine heftig kritisiert worden war, weil er zunächst nur die Umgehung der Sanktionen über die Schweiz hatte verhindern wollen, wurde er Anfang März international gelobt. Selbst US-Präsident Joe Biden zeigte sich erfreut, dass die Schweiz ihre Neutralität für einmal anders auslegt als gewohnt. Nun aber wächst die Kritik wieder, weil es unklar ist, wie ernst es die Schweizer Behörden mit den Sanktionen gegenüber Russland meinen. Zweifel nährte unter anderem die Aussage des Zuger Finanzdirektors Heinz Tännler, er halte es nicht für nötig, nach Oligarchengeldern zu suchen. Der SVP-Politiker hat diese Aussage inzwischen relativiert. Zug hat sich aber gemeinsam mit mehreren anderen Kantonen darüber beschwert, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) die Kantone nicht über deren Aufgaben informiert habe. Das Seco hat kürzlich mitgeteilt, es seien erst knapp sechs Milliarden Franken an russischen Vermögen eingefroren worden.

Wie es weitergeht: Das Seco hat angekündigt, seine Bemühungen nun zu intensivieren. Auch die Schweizer Zollfreilager sollen unter die Lupe genommen werden, weil dort Edelmetalle, Kunst und andere Wertgegenstände von Oligarchen vermutet werden. Das Bundesamt für Zoll und

Grenzsicherheit «prüft, ob sich Vermögenswerte von sanktionierten Personen in den Zollfreilagern befinden».

Handschlag der Woche

Kann ein Handschlag zynisch sein? Darüber streiten die Gegner und Befürworterinnen des Referendums gegen das Frontex-Gesetz. Diese Woche hat das überparteiliche Komitee, welches die europäische Grenzschutzbehörde weiterhin mit Schweizer Millionen mitfinanzieren will, seine Abstimmungskampagne vorgestellt. Als Plakatsujet hat sich die Operation Libero, die das Referendum gemeinsam mit FDP, Mitte, GLP, dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und dem Tourismusverband bekämpft, einen Handschlag ausgesucht. Mit ihrem Claim «Für Menschenrechte, für Europa» macht sich die Organisation das Hauptargument der Referendumsbefürworter zu eigen, zu denen nebst dem «Migrant Solidarity Network» und «Solidarité sans frontières» auch SP, Grüne und Juso gehören. Diese fokussieren ebenfalls auf Menschenrechte und prangern deren Verletzungen an den europäischen Aussengrenzen an. Wer die Stimmbevölkerung am 15. Mai an der Urne überzeugen kann, ist noch offen. Sicher ist: Das Handschlagsplakat hat schon Aufmerksamkeit erzeugt, bevor es überhaupt in den Strassen hängt.

Illustration: Till Lauer